

AfD und PEGIDA: Knotenpunkte für eine rechte Neuformierung im Kontext der Flüchtlingsdebatte

Von Alexander Häusler

Zusammenwachsen unterschiedlicher rechter Milieus

Die Einstellungsforschung weist seit etlichen Jahren auf ein rassistisch und extrem rechts orientiertes Einstellungspotenzial hin, das sich quantitativ bislang nicht entsprechend in Wahlentscheidungen für extrem rechte Parteien wiedergespiegelt hat. Dies bedeutet: Zwischen diesen Einstellungen und entsprechendem Aktionsverhalten klaffte hierzulande bislang noch eine erhebliche Lücke. Diese Lücke wird auf der politischen „Angebotsseite“ nun im Kontext der Flüchtlingsdebatte einerseits auf der Straße durch die Bewegung „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) sowie andererseits auf dem parteipolitischen Feld durch die „Alternative für Deutschland“ (AfD) auszufüllen versucht.¹ AfD und PEGIDA stellen sich dabei, was die Mobilisierung rechtspopulistischer Leidenschaften betrifft, als zwei Seiten einer Medaille dar. Zugleich bieten Partei und Bewegung sowohl eine Anlaufstelle wie auch eine Inspirationsquelle für flüchtlingsfeindliche Proteste. Aktuell vollzieht sich in Deutschland eine rapide ansteigende Protestsymbiose von gewaltorientierten, extrem rechten Strukturen mit „wutbürgerlichen“, rechtspopulistischen und sozial prekarierten Milieus im Zuge einer qualitativ und quantitativ eruptiv ansteigenden politischen Verrohung und Entgrenzung einer rassistisch grundierten Protestkultur.

Diese Form der angestrebten Konflikteskalation erfährt massiv an Selbstlegitimierung durch politische und mediale Drohkulissen gegenüber Geflüchteten und dem weitgehenden Ausblenden von politischen Fehlern und Planlosigkeiten in Bezug auf die aktuelle Flüchtlingsproblematik sowie deren Ursachen. Unter dem Verweis auf einen angeblichen „nationalen Notstand“ aufgrund der massiv angestiegenen Flüchtlingszahlen vollzieht sich auf dem rechten Feld eine Form von Selbstermächtigung durch organisierte Gruppen, Protestakteure und rechte „Bewegungsunternehmer“, die mittels völkisch konnotierter Untergangsprophetieungen eine politische Eskalation der Proteste betreiben. Die PEGIDA-Aufmärsche können hierbei als Indikator für ein rassistisch mobilisierbares Potential gedeutet werden: PEGIDA hat den Resonanzrahmen geschaffen für die aktuell sich zuspitzende rassistische Eskalationsspirale auf der Straße. So verweist die wissenschaftliche Forschung zu PEGIDA darauf, „die PEGIDA-Demonstrationen insbesondere in Sachsen mittelbar zu einer sprunghaften Zunahme gewalttätiger Übergriffe auf Asylbewerberheime im ersten Halbjahr 2015 beigetragen haben“

¹ Der vorliegende Beitrag komprimiert verschiedene Studien des Autors zum Thema (s. Literaturhinweise am Textende).

(Vorländer/Herold/Schäller 2015, 146). Dies geht einher mit der Herausbildung einer neuen „nationalen Opposition“: Bislang heterogene Milieus der extremen und der sog. Neuen Rechten wachsen aktionsorientiert zusammen und finden im Zuge staatspolitischer Legitimationsverluste rapide an Zustimmung in politisch entfremdeten konservativen sowie in sozial deklassierten Milieus. Unter dem Sog der PEGIDA-Aufmärsche und deren Ablegern sowie den AfD-Erfurt-Demonstrationen gegen die Asylpolitik von Bundeskanzlerin Merkel formiert sich eine Symbiose von politisch diffusen „Wutbürgern“ und extrem rechten Agitatoren, die zu einem „nationalen Aufstand“ mobilisieren. Die ausgerechnet am 9. November von der Dresdener PEGIDA-Bühne herab formulierte Forderung, „den deutschen Schuldkomplex der 12-jährigen Nazi-Herrschaft für offiziell beendet“ zu erklären, verdeutlicht die politische Stoßrichtung von PEGIDA (Vgl. Fensterling 2015).

Die Entwicklung von PEGIDA

Vor dem Hintergrund eines internationalen gewalttätigen Islamismus erweist sich das Thema Islam als besonders anschlussfähig für fremdenfeindliche Agitation. Schon seit etlichen Jahren weisen Umfragen auf eine weit verbreitete Fremdenfeindlichkeit im Allgemeinen und eine ausgeprägte Muslimfeindlichkeit im Besonderen hin. Laut dem Anfang 2015 veröffentlichten Religionsmonitor der Bertelsmann-Stiftung fühlen sich 57 Prozent der Deutschen durch den Islam bedroht. Besonders in den von Muslim_innen kaum bevölkerten Bundesländern Thüringen und Sachsen sei laut Studie mit 70 Prozent das Bedrohungsgefühl besonders stark ausgeprägt (Vgl. Pollack/Müller 2015). Mit PEGIDA haben diese Einstellungen nun ein niedrighschwelliges Angebot zur Artikulation auf der Straße erhalten.

Im Oktober 2014 gab eine Demonstration in Dresden zur Unterstützung des kurdischen Widerstandes gegen den IS-Terror im Irak der Gruppe „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ Anlass dazu, eine Facebook-Gruppe anzumelden. Zudem boten laut Auskunft des PEGIDA-Organisators Lutz Bachmann die ebenfalls stattgefundenen Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Islamisten in Hamburg und Zelle den Auslöser zur PEGIDA-Gründung. Bachmann erläuterte diese Ursachen zur PEGIDA-Gründung in einem Interview mit der neurechten Zeitschrift „Blaue Narzisse“ (Vgl. Bachmann/Blaue Narzisse 2014). Deutlich zeigen diese Anlässe, dass es dort in erster Linie Empörung über „die Ausländer“ und nicht der Islamismus gewesen ist, der zu diesem Aufmarsch-Marathon in Dresden geführt hat. Auftrieb erhielt PEGIDA durch die breite öffentliche Aufmerksamkeit eines extrem rechten Aufmarsches in Köln, der mit Ausschreitungen endete: Dort waren es gewaltorientierte Fußballfans und organisierte extreme Rechte, die im Oktober 2014 unter dem Namen *Hooligans gegen Salafisten* (HoGeSa) an die fünftausend Teilnehmer mobilisieren konnten. PEGIDA nutzte diese Aufmerksamkeit, um sich öffentlichkeitswirksam als eine Art „seriösere“ und gewaltfreie Alternative zu HoGeSa darzustellen. So erklärte Bachmann in einem Interview mit der neurechten

Zeitschrift *Blaue Narzisse*, „Dresden ist nicht Köln. Bei uns war es ruhig und friedlich, so wie es sein sollte“ (Vgl. ebd.). Zugleich instrumentalisierten die PEGIDA-Organisatoren die Tradition der Montagsdemonstrationen des demokratischen Aufbruchs der früheren DDR, um dies zur Mobilisierung gegen Zuwanderung, gegen Gender Mainstreaming sowie gegen eine angebliche Islamisierung dienlich zu machen. Was darunter verstanden werden soll, illustrierte Bachmann in einem Interview mit der neurechten Wochenzeitung *Junge Freiheit*: „Die Islamisierung unseres öffentlichen Raumes, wenn etwa aus Rücksicht auf den Islam aus Weihnachtsmärkten ‚Wintermärkte‘ werden“ (Vgl. Bachmann/Junge Freiheit 2014). Weiterhin wurde in Reden auf den PEGIDA-Demonstrationen u.a. verkündet, der Zuzug von Muslim_innen führe zur Abschaffung des Christstollens sowie kolportiert, deutsche Rentner müssten ihre Pflegeheimplätze für ankommende Asylsuchende räumen.

Der eingetragene Verein PEGIDA entfaltete zugleich als eine Form von politischem Franchise-Unternehmen ein Angebot für Ableger in anderen deutschen Städten. Dabei wurde das „GIDA“-Label durch die extreme und populistische Rechte aus anderen Bundesländern genutzt, um die öffentliche Aufmerksamkeit für eigene Ziele nutzbar zu machen. Während es zwischen PEGIDA und dem Leipziger Ableger LEGIDA noch intensiven Austausch gegeben hatte, ist das „GIDA“-Label in anderen Bundesländern mehrheitlich von der organisierten extremen Rechten okkupiert worden. Entgegen der PEGIDA-Selbstdarstellung gab es von Beginn der Aufmärsche in Dresden an Beteiligung von Mitwirkenden aus der Hooligan-Szene, die laut Auskunft der PEGIDA-Organisatorin Tatjana Festerling fest in die Ordnungsstruktur integriert worden sind. Dies erläuterte Festerling bei der Burschenschaft Halle zu Mainz am 29.10.2015 (Vgl. Fensterling 2015)². Siegfried Däbritz vom PEGIDA-„Orga-Team“ war laut Auskunft des Kölner Stadtanzeigers sogar selbst bei der HoGeSa-Demonstration in Köln anwesend (Vgl. Kölner-Stadt-Anzeiger 2015).

PEGIDA-Forschung

Empirische Forschungserkenntnisse ergeben bislang kein hinreichendes Bild der Sozialstruktur und Problemdeutungen (Frames) der Teilnehmer_innen. Auf der Basis von Befragungen wurden mehrere Studien veröffentlicht: zwei Untersuchungen der Universität Dresden unter Leitung von Hans Vorländer sowie von Werner Patzelt, eine Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung unter Leitung von Franz Walter sowie eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) (Vgl. Vorländer/Herold/Schäller 2015; Patzelt 2015; Geiges/Marg/Walter 2015; Daphi/Kocyba/Roose u.a. 2015). Da sämtliche Studienergebnisse die Anzahl von jeweils 500 Befragten nicht überschritten haben, ist deren Aussagewert nicht repräsentativ. Trotzdem weisen die Ergebnisse darauf, dass in Dresden nicht nur prekarierte Schichten auf die Straße gegangen sind: So gaben sich etwa zu den Befragten der Göttinger Studie 37,3 Prozent als Angestellte, in der Berliner Studie über

² Der Vortrag ist nicht mehr online.

55 Prozent als Angestellte oder Beamte und in der Dresdener Vorländer-Studie 50 Prozent als Angestellte oder Beamte zu erkennen. Laut Berliner Studie lehnen 69 Prozent eine multikulturelle Gesellschaft ab und wenden sich entsprechend gegen die verschiedenen Aspekte von Multikulturalität. Drei dominierende Problemdeutungen der Befragten ließen sich benennen: Kritik an der Asyl- und Einwanderungspolitik; Kritik an der aktuellen Regierungspolitik sowie an der Gesamtheit der/der etablierten Politiker_innen; und Unzufriedenheit mit den Medien und deren Berichterstattung. Dazu kamen die Ablehnung des Islam oder zumindest Vorbehalte gegenüber der Integrationsfähigkeit von Muslim_innen; der Verweis auf kriminelle Asylbewerber_innen; die Stärkung nationaler Kultur gegen Überfremdung; die wahrgenommene Unterdrückung der Meinungsfreiheit und die Forderung nach Bürgerentscheiden als Mittel demokratischer Beteiligung. Zudem handele es sich nach Angaben Berliner Forscher_innen bei den Demonstrant_innen um eine aus Dresden und Umgebung stammende, stark männerdominierte Gruppe mit relativ guten Bildungsniveau, die keinerlei Vertrauen in die Medien und wenig Vertrauen in eine Reihe etablierter politischer und gesellschaftlicher Institutionen besitzt, die zu Teilen rechtspopulistische, rechtsextremistische Einstellungen aufweist, im parteipolitischen Spektrum ganz überwiegend der AfD zuneigt, kein durchgängig konsistentes Antwortverhalten bezüglich rechter und fremdenfeindlicher Positionen einnimmt und bei Antworten, in denen eine teils/teils-Position angeboten wird, stark dieser Kategorie zuneigt.

Angesichts der bei PEGIDA stark artikulierten Vorbehalte gegen Parteien, Institutionen und die „Lügenpresse“ müssen weitere Kriterien zur Beurteilung herangezogen werden. Hilfreich hierzu sind die regelmäßig durchgeführten Teilnehmenden Beobachtungen der Einrichtung Kulturbüro Sachsen: Laut Auskunft der Beobachter_innen vor Ort war PEGIDA von Anfang an von regionalen Hooligan-Strukturen sowie von Mitgliedern extrem rechter Parteien und Vereine unterstützt worden. Zudem wurde von einer Vielzahl von aggressiv auftretenden Teilnehmer_innen berichtet, die dem Gesamtbild von einer gut situierten Teilnehmerschaft deutlich widersprachen. Einen weiteren Einblick ergaben die Auswertungen von PEGIDA-Facebook-Seiten, die Kai Biermann, Paul Blickle und Sascha Venohr für die Wochenzeitung *DIE ZEIT* ausgewertet haben (Vgl. Biermann/Blickle/Venohr 2015). Demnach stehe PEGIDA nicht für die „Mitte“ der Gesellschaft: „Vielmehr findet sich hier eine kleine Gruppe von Menschen zusammen, sehr männlich, die eher rechtes Gedankengut pflegt und höchstens von außen in Richtung der Mitte strahlt.“

Die Entwicklung der AfD

Die im Februar 2013 gegründete Partei „Alternative für Deutschland“ hatte ihren Entstehungskontext in der Euro-Krise und dem Merkel-Credo, die Euro-Rettungspolitik sei alternativlos. Die Partei verdankt ihren Aufstieg in der Wählergunst ihrer Selbstinszenierung als Anti-Euro-Partei, jedoch erweiterte die AfD ihr politisches

Agenda-Setting auf das Einwanderungsthema und vollzog in Teilen eine Anlehnung an die PEGIDA-Proteste (Vgl. Korsch 2015). Mit dem vorher als Professor für Volkswirtschaft an der Universität Hamburg tätigen Bernd Lucke erhielt die AfD zu Beginn ein vorzeigbares Gesicht: Lucke verschaffte der Partei eine hohe mediale Präsenz und den Anschein von (wirtschaftlichem) Sachverstand. Zwar inszenierte sich die AfD von Beginn an als besondere Partei mit völlig neuen Inhalten – real stellt sie hingegen ein Konglomerat aus ehemaligen Parteigänger_innen der CDU, CSU, FDP sowie ehemaligen Mitwirkenden aus Rechtsaußenparteien wie dem *Bund freier Bürger* (BFB), der Partei *Die Freiheit* (DF), den *Republikanern* und der *Schill-Partei* dar (Vgl. Häusler/Roeser 2015, 28-41). In diesem Zusammenhang stellt der BFB gewissermaßen eine AfD-Vorläuferpartei dar: Es war die erste rechte Anti-Euro-Partei in Deutschland und wurde im Jahr 1994 auf Initiative des früheren bayerischen FDP-Vorsitzenden Manfred Brunner gegründet, der 1992 aufgrund seiner ablehnenden Haltung zum Vertrag von Maastricht von seiner Stellung als EG-Beamter entbunden worden war (Vgl. Grewe 1994). Der BFB trat in seinem Grundsatzprogramm von 1995 für Leistungsorientierung, nationale Identität und Heimatbewusstsein sowie gegen Korruption, Verschwendung und Parteienfilz ein und skizzierte seine politische Ausrichtung als „freiheitlich, marktwirtschaftlich, konservativ und national“ (Vgl. BFB Grundsatzprogramm 1995, 2). Im Laufe seines parteipolitischen Werdegangs radikalisierte sich der BFB bis hin zum rechtsextremen Rand. Im Verfassungsschutzbericht 1999 wurden dem BFB „tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung“ bescheinigt (Vgl. Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen 2000, 92). Im Jahr 2000 stellte der BFB endgültig seine parteipolitischen Tätigkeiten ein. Einiger seiner Gründungsmitglieder engagierten sich später als Unterstützer und Mitglieder der AfD, unter ihnen die Professoren Joachim Starbatty und Karl Albrecht Schachtschneider. Das Euro-Thema war zwar zu Beginn der AfD prägend für deren Erscheinungsbild, hat jedoch im Verlauf der weiteren Parteientwicklung gegenüber dem Einwanderungsthema an Bedeutung verloren. Aus Sicht ihrer Wählerschaft kann sie genauso als Anti-Zuwanderungs-Partei angesehen werden. So erklärten laut Wahlanalysen von infratest iimap zur Europawahl 2014 40 Prozent der AfD-Wähler, der wichtigste Punkt für ihre Wahlentscheidung sei das Zuwanderungsthema gewesen (Vgl. infratest dimap 2014). Obgleich der politische Entwicklungsweg der AfD noch keine abschließenden Einordnungen zulässt, verdichten sich ihre rechtspopulistische Merkmale (Vgl. Korte 2014; Häusler 2016). Neben Angehörigen des wirtschaftlichen Establishments bot die Partei schon seit ihrer Gründung auch politisch heimatlos gewordenen Nationalkonservativen sowie neu-rechten Kräften und früheren Aktivisten rechtspopulistischer Kleinstparteien ein neues parteipolitisches Dach. Zur politischen Strömung der Neuen Rechten bestehen enge Verbindungen über die neurechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* (JF), welche die AfD von Beginn an publizistisch unterstützt und sich mittlerweile zu einer Art informeller Parteizeitung entwickelt hat (Vgl. Kellershohn 2013). Ein zentrales Bestreben der Redaktion ist der Aufbau einer neuen politischen Kraft rechts des derzeit existierenden

demokratischen Parteienspektrums. In der AfD sieht die JF einen möglichen Hoffnungsträger für ihr lang gehegtes Ansinnen. Die Junge Freiheit verfolgt damit offensichtlich den Zweck, die AfD zum politischen Zugpferd für ihre Forderung nach einer Re-Nationalisierung des Politischen zu machen. Chefredakteur Dieter Stein sah im April 2013 in der AfD das Mittel, „die sonst übliche Schweigespirale zu durchbrechen“. Er schrieb ihr das Potenzial zu, „das vorhandene Parteiensystem zu öffnen und die Marktgesetze auch in der Politik wieder zum Wirken zu bringen, wo sich die Bürger in entscheidenden Fragen wie in der DDR nur noch einer Nationalen Front von CDU/CSU/FDP/SPD/Grüne gegenübersehen“ (Vgl. Stein 2013). Nach den AfD-Wahlerfolgen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg verschärfte sich der innerparteiliche Widerspruch gegen den Führungsanspruch von Parteigründer Bernd Lucke. So initiierten der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke und der AfD-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, mit der *Erfurter Resolution* einen Appell, mit dem sie für innerparteiliche Unterstützung gegen den Kurs von Lucke und die PEGIDA-Distanzierung von Henkel warben. In der Resolution wird bemängelt, dass die AfD „Mitglieder verprellt und Mitglieder verstoßen“ würde, „deren Profil unverzichtbar ist“ und dass die Partei „sich von bürgerlichen Protestbewegungen ferngehalten [habe] und in vorseilendem Gehorsam sogar distanziert, obwohl sich tausende AfD-Mitglieder als Mitdemonstranten oder Sympathisanten an diesen Aufbrüchen beteiligen“ (Vgl. Erfurter Resolution 2015). Gefordert wird, dass die AfD sich „als Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit usw.)“ sowie „als Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands“ verstehen solle (Vgl. ebd.). Daraufhin initiierten die Lucke-Unterstützer_innen in der Partei die sogenannte *Deutschland-Resolution*. Darin wird den Initiator_innen und Unterstützer_innen der *Erfurter Resolution* vorgeworfen, „eine AfD der flachen Parolen und der schrillen Töne“ zu wollen. Zudem wird vor einem Rechtskurs der Partei gewarnt: „Wer einseitig den rechten Flügel stärken will, schadet der Einheit der Partei. Wir wollen keine Ideologie. Wir wollen die Partei des gesunden Menschenverstandes bleiben“ (Vgl. Deutschland Resolution 2015).

Mit der Initiierung eines *Weckrufes* als neue Vereinigung versuchte das Lucke-Lager, die wirtschaftsliberalen Anhänger_innen der Partei zu sammeln und politische Leitlinien gegen den innerparteilichen Rechtsaußen-Flügel durch eine Unterschriftenliste durchzusetzen. Dieser Schritt wurde von vielen AfD-Mitgliedern als diktatorisch und parteispaltend aufgefasst. Auf dem Essener Parteitag der AfD im Juli 2015 kam es schließlich zum vollständigen Machtwechsel: Bernd Lucke unterlag Frauke Petry im innerparteilichen Kampf um die Führungsrolle deutlich mit 38 Prozent gegenüber 60 Prozent an Mitgliederzustimmung. Nach dem Führungswechsel in der AfD hat sich deren parteipolitischer Kurs rapide hin zu einem Rechtspopulismus mit völkisch-nationalistischen Merkmalsprägungen verschärft. Die AfD versucht, sich als „Anti-Flüchtlings-Partei“ ein Alleinstellungsmerkmal zu schaffen und sich dadurch zum politischen Profiteur der rassistischen Protestwelle zu machen – mit zunehmendem

Erfolg, wie es die steigenden Umfragewerte für die rechtspopulistische Partei offenbaren. Mit ihrer „Herbstoffensive 2015“ befeuert die AfD den Aufstand des flüchtlingsfeindlichen Wutbürgertums. Dabei wird auch nicht Halt gemacht vor einer politischen Instrumentalisierung des Entsetzens über den Pariser Terroranschlag: So findet sich auf der Facebookseite der AfD Brandenburg in Bezug auf den Pariser Terroranschlag die Forderung nach „Sicherung unserer Grenzen“ mit dem Verweis: „Man weiß: Offenstehende Fenster und Türen sind eine Einladung für Einbrecher! Mit offenstehenden Grenzen verhält sich das ähnlich.“ Und weiter: „Mit Toleranz und Nächstenliebe verhindert man keine Straftaten! Zeit für Veränderung! Zeit für #AfD!“ (Vgl. AfD Brandenburg 2015)³. Rechte AfD-Seilschaften wie die „Patriotische Plattform“ gehen mit ihren Forderungen noch weiter: „Die Antwort auf die Anschläge von Paris muß eine Kehrtwende in der Einwanderungs- und Integrationspolitik sein. Ein Ausbau der militärisch-kriminalistischen Terrorbekämpfung und ein Ausbau des Überwachungsstaats bringen nichts. Auch das haben die jüngsten Anschläge gezeigt. Bekämpfen wir keine Symptome mehr, bekämpfen wir Ursachen! Legen wir den Einwanderungssumpf, dessen häßlichste Blüte der Terror ist, trocken! Handeln wir. Jetzt!“ (Vgl. Patriotische Plattform 2015). In das gleiche Horn stößt der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke: „Ich will keine Betroffenheitsbekundungen mehr hören, deren Inhalte mir bereits vor ihren Veröffentlichungen bekannt sind und die zu tausenden vorformuliert in den Schubladen der Presseabteilungen liegen. Ich will Taten.“ Höcke, der innerparteilich als politischer Vorreiter der Partei auf dem Weg hin zu einer „rechten APO“ (Vgl. Rheinische Post 2015)⁴ mit völkisch-nationalistischen Versatzstücken gilt, offenbart dort die Grundmerkmale rechtsnationalistischer Kritik an der Politik des Westens: „Denn es sind diese Politiker, die seit Jahrzehnten als Mitläufer, willige Vollstrecker oder Vordenker des Zeitgeistes unsere über Jahrhunderte gewachsenen Völker, diese gelebten und belastbaren Vertrauensgemeinschaften, der Auflösung preisgeben“, so Höcke, der in der Person der deutschen Bundeskanzlerin eine „hypermoralisch kaschierte Politik der Selbstaufgabe“ forciert sieht (Vgl. Höcke 2015)⁵. Mit seinem Vortrag bei dem neurechten Institut für Staatspolitik in Schnellroda, wo er sich in rassistischer Tonlage u.a. über das „Reproduktionsverhalten“ von Afrikaner_innen ausließ (Vgl. Höcke 2015), versucht er sich zugleich an einer politischen Positionsbestimmung seiner Partei. So erklärte er, dass sich die AfD mit der „Erfurter Erklärung“ ihre „zweite Geburtsurkunde ausgestellt“ habe. Der Thüringer Landesverband sei „so etwas wie die Avantgarde der AfD.“ Zudem solle sich die AfD „im Angesicht des einsetzenden Staatszerfalls nicht mit Landtagsarbeit überbeschäftigen. Wir müssen raus auf die Straße“, so Höcke. Die AfD solle „in dieser Lage eine fundamentaloppositionelle Bewegungspartei sein!“

Aber auch bei Auftritten der AfD-Vorsitzenden Petry fallen Töne mit rechtsradikalem Sprachduktus: So äußerte etwa der Magdeburger AfD-Direktkandidat Oliver Kirchner

³ Facebookeintrag der AfD Brandenburg vom 15.11. der mittlerweile wieder gelöscht worden ist.

⁴ Höcke sagt: "Die AfD ist in etlichen Landesparlamenten vertreten, auf Bundesebene sind wir aber APO".

⁵ Facebookeintrag von Björn Höcke vom 14.11.2015, der mittlerweile wieder gelöscht worden ist.

bei einer Demonstration mit Petry als Hauptrednerin in Magdeburg im Dezember 2015, die politischen Gegner gehörten in Gefängniszellen beziehungsweise in die Emigration. „Es ist Zeit für unser Volk, aufzustehen“, sagte Kirchner, „Toleranz ist die Tugend einer untergehenden Gesellschaft (Vgl. Volksstimme 2015).

AfD und PEGIDA

Mit dem Führungswechsel innerhalb der AfD ging eine offizielle Hinwendung zu PEGIDA einher: So erklärte der NRW-Vorsitzende der Partei, Marcus Pretzell, in seiner Einführungsrede zum Parteitag, dass die AfD nicht nur das Euro-Thema behandle, sondern zudem eine „PEGIDA-Partei“ sei (Vgl. Roeser 2015). Die bei PEGIDA artikulierten Forderungen sind in vielen Fragen deckungsgleich mit Positionen der AfD, deren äußerst rechter Flügel frühzeitig zur Unterstützung mobilisierte. In einer Stellungnahme der *Patriotischen Plattform* wurde die Gesamtpartei dazu aufgefordert, „die Kernforderung von PEGIDA zu übernehmen und sich in aller Deutlichkeit gegen die Islamisierung des Abendlandes auszusprechen.“ Diese Forderung wird in dem Schreiben verknüpft mit der Aufforderung, „gegen die Wahnvorstellung einer multikulturellen Gesellschaft“ einzutreten (Vgl. Patriotische Plattform 2014).

In einem Interview mit einem Videoportal der Jungen Freiheit erklärte Frauke Petry schon früh ihre Zustimmung zu Forderungen von PEGIDA und betonte in diesem Kontext die Bedeutung nationaler Identitätsfragen. Laut Petry artikulieren die Demonstrant_innen „die große Sorge, die man im Osten vielleicht auch eher findet als im Westen, dass wir mit unserer eigenen Identität offensichtlich Probleme haben und gar nicht mehr wagen, darüber zu sprechen, wie es ist, als Deutscher in Deutschland zu leben und wie man dieses Land selbst gestalten möchte“ (Vgl. JF-TV 2014). Auch Alexander Gauland bekundete: „Wir sind die ganz natürlichen Verbündeten dieser Bewegung“ (Vgl. Bielicki 2014). Innerhalb der Partei sind zudem deutliche Schnittmengen zu den PEGIDA-Organisationsstrukturen und deren Ablegern zu erkennen. So gehörte mit Achim Exner auch ein Dresdner AfD-Mitglied zum sogenannten *Orga-Team* von PEGIDA (Vgl. Meisner 2014). In Leipzig traten die AfD-Mitglieder Felix Koschkar und Hans-Thomas Tillschneider im Zusammenhang mit dem PEGIDA-Ableger LEGIDA in Erscheinung. Koschkar gilt laut einem Bericht der Wochenzeitung DIE ZEIT „als wichtiger Vertreter der extrem rechten und islamfeindlichen Gruppierung der Identitären“ (Vgl. DIE ZEIT 2014).

In der neurechten Zeitschrift Sezession betonte ebenfalls Nils Altmieks, Leiter der Identitären Bewegung Deutschland, die Nähe zur AfD: „Wir haben mit den vergangenen Demonstrationen in Dresden und anderswo erstmals seit der Wiedervereinigung patriotische Massenkundgebungen erlebt. Zugleich kann in der AfD eine Partei gesehen werden, die einen beachtlichen Anteil von Funktionären aufzuweisen hat, der richtige Themen anspricht und in die Öffentlichkeit bringt“ (Altmiek/Sezession 2015).

In Kreis- und Bezirksverbänden der AfD wird die fremdenfeindliche Haltung in Form von Anträgen und Petitionen sichtbar. So heißt es exemplarisch in einer Petition des AfD-Kreisverbandes Dresden zur Reform des Einwanderungsgesetzes: „Die absurde Praxis einer ‚Willkommenskultur‘, gemäß der dt. Staat u. die dt. Gesellschaft gleichsam die Pflicht haben, für das umfassende Wohlergehen von Zuwanderern zu sorgen sowie sich deren kulturellen, sprachlichen oder nationalen Besonderheiten anzupassen, ist zu beenden“ (Vgl. Petitionen Neuregelung des Asylrechts und Neuregelung des Einwanderungsrechts vom AfD Kreisverband Dresden 2015).

In Sachsen übernahm die AfD in Sachsen hinsichtlich der Proteste zugleich die Rolle eines Spin-Doctors wie die eines politischen Profiteurs: Sie bot sich PEGIDA gewissermaßen als weltanschaulicher wie organisatorischer Anknüpfungspunkt für einen rechten Kulturkampf an. In einer Stellungnahme der Patriotischen Plattform in der AfD wurde die Gesamtpartei dazu aufgefordert, „die Kernforderung von PEGIDA zu übernehmen und sich in aller Deutlichkeit gegen die Islamisierung des Abendlandes auszusprechen“ (Patriotische Plattform 2014). Diese Forderung wird in dem Schreiben verknüpft mit der Aufforderung, „gegen die Wahnvorstellung einer multikulturellen Gesellschaft“ einzutreten. Auf dem Höhepunkt der PEGIDA-Aufmärsche lud die sächsische AfD-Vorsitzende Frauke Petry das PEGIDA-Organisationsteam zum Gespräch ein und bekundete danach inhaltliche Übereinstimmungen. Auch aus anderen Landesverbänden der AfD kamen Solidaritätsbekundungen.

Ausblick

Ein Zusammengehen mit der AfD hat der PEGIDA-Organisator Lutz Bachmann bislang ausgeschlossen. Verwirrung sorgte zudem eine Ankündigung von ihm im Oktober 2015, mit PEGIDA eine Partei gründen zu wollen (Vgl. Frankfurter Allgemeine Online 2015). Zwar nahm PEGIDA mit der Kandidatin Tatjana Festerling an den Dresdener Oberbürgermeisterwahlen im Jahr 2015 teil, wo Festerling annähernd zehn Prozent an Wählerzustimmung erreichte (Vgl. Spiegel Online 2015). Allerdings hat PEGIDA aktuell weder die Organisationsstruktur noch die personellen Qualitäten zur Bildung einer Partei. Vielmehr dient die Bewegung als Anlaufpunkt für einen rassistischen Wutbürger-Protest sowie als Aufmarschort für Vertreter_innen der populistischen und extremen Rechten. So redeten u. a. Geert Wilders aus den Niederlanden, Redner von der rassistischen Lega Nord aus Italien, der Gründer der rassistischen britischen Hooligan-Organisation „English Defence League“, Rechtsextreme aus der Schweiz oder etwa der neurechte Bewegungsunternehmer Götz Kubitschek als Gäste auf der PEGIDA-Bühne. Bachmann hingegen richtete dem rechtsextremen Front National (FN) seine Grüße für dessen Wahlsieg bei den französischen Regionalwahlen im Dezember 2015 aus. Ebenfalls Glückwünsche erhielt der FN vom Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Höcke, was ihm eine Rüge seitens des Bundesvorstandes einbrachte (Vgl. Frankfurter Allgemeine Online 2015). Die AfD erfuhr an Zustimmung in Umfragen durch ihr Agieren als Anti-Flüchtlingspartei. Der Brandenburger AfD-

Vorsitzende Gauland nannte die Flüchtlingskrise in diesem Zusammenhang ein „Geschenk“ (Vgl. n-tv 2015). Im Kontext einer mit der großen Koalition einhergehenden Krise politischer Repräsentation könnte die AfD in der Tat zum politischen Profiteur der Flüchtlingskrise werden und sich bei den kommenden Landtagswahlen im Frühjahr 2016 in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz etablieren. Durch die Zustimmung des PEGIDA-Milieus ist der Partei zudem die rechtsgerichtete Wählerschaft in Ostdeutschland gewiss. Allerdings droht die AfD an ihren eigenen Querelen zu scheitern und sich damit selbst den Weg zur Etablierung zu zerstören.

Literatur- und Quellenverzeichnis:

Alternative für Deutschland. Kreisverband Dresden (2015): Petitionen Neuregelung des Asylrechts und Neuregelung des Einwanderungsrechts, URLs:

<https://www.openpetition.de/petition/online/neuregelung-des-einwanderungsrechts>;
<https://www.openpetition.de/petition/online/neuregelung-des-asylrechts>, (letzter Zugriff: 08.01.2016).

Bachmann, Lutz (2014): Gemeinsam gegen Islamismus. Interview Blaue Narzisse vom 31.10.2014, URL: <http://www.blauenarzisse.de/index.php/gesichtet/item/4994-gemeinsam-gegen-islamismus> (letzter Zugriff: 07.01.2016).

Bachmann, Lutz (2014): Interview Junge Freiheit vom 12.12.2014.

Bielicki, Jan/Schneider, Jens (2014): AfD-Spitze stellt sich hinter "Pegida", in: SZ Online vom 09.12.2014, URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/reaktionen-auf-demos-afd-spitze-stellt-sich-hinter-pegida-1.2259371> (letzter Zugriff: 08.01.2016).

Biermann, Kai/Blickle, Paul/Venohr, Sascha (2015): Dürfen wir vorstellen: Die Freunde von Pegida, in: ZEIT Online, URL: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-02/wer-ist-pegida-facebook-daten> (letzter Zugriff: 07.01.2016).

Bund Freier Bürger (1995): Grundsatzprogramm „Freiheit braucht Mut“, München 1995.

Daphi, Priska/Kocyba, Piotr/Roose, Jochen/u. a. (2015): Protestforschung am Limit: Eine soziologische Annäherung an Pegida, URL:

https://www.wzb.eu/sites/default/files/u6/pegida-report_berlin_2015.pdf (letzter Zugriff: 07.01.2016).

„Der Flügel“ in der AfD (2015): Erfurter Resolution, URL:

<http://derfluegel.de/erfurterresolution.pdf>, (letzter Zugriff 08.01.2016).

Der Vorstand der Patriotischen Plattform (2015): JETZT HANDELN! Facebookeintrag v. 15.11.2015, URL:

<https://www.facebook.com/PatriotischePlattform/posts/786766378111874> (letzter Zugriff: 08.01.2016).

„Deutschland-Resolution“ der AfD: So geht's nicht weiter!, URL: <http://deutschland-resolution.de/deutschland-resolution/> (letzter Zugriff 08.01.2016).

DIE ZEIT Presseschau (2015): Pegida-Bewegung von AfD mitorganisiert, URL: <http://www.presseportal.de/pm/9377/2907747/pegida-bewegung-von-afd-mitorganisiert>, (letzter Zugriff: (08.01.2016).

Eichler, Hagen/Fricke, Matthias (2015): Wenig Besucher bei AfD-Demonstration, in: Volksstimme.de vom 16.12.2015, URL: <http://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/20151216/protest-wenig-besucher-bei-afd-demonstration> (letzter Zugriff: 08.01.2016).

Festerling, Tatjana (2015): Ein Jahr Pegida - exklusiv – Vortrag, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=IR-IDv0mDHo> (letzter Zugriff: 01.12.2015)

Frankfurter Allgemeine Online (2015): AfD-Bundessprecher: Höcke schadet der Partei, URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-meuthen-wirft-bjoern-hoecke-pateischaedigendes-verhalten-vor-13978807.html> (letzter Zugriff: 08.01.2016).

Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz (2015): Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld: Transcript Verlag.

Geyer, Steven (2015): Diese Frauen und Männer stecken hinter dem Pegida-Aufstieg, in: Kölner Stadt Anzeiger Online, URL: <http://www.ksta.de/politik/islamfeindliche-bewegung-diese-frauen-und-maenner-stecken-hinter-dem-pegida-aufstieg,15187246,32236336,item,1.html> (letzter Zugriff: 07.01.2016).

Grewe, Hartmut (1994): Der „Bund freier Bürger“ in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Interne Studien Nr. 81–82/1994, Sankt Augustin, S. 65-95.

Häusler, Alexander (Hrsg.) (2016): Die „Alternative für Deutschland“ – Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden: Springer VS (i.E.).

Häusler, Alexander/Roeser, Rainer (2015): Die rechten Mut-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland, Hamburg: VSA Verlag.

Höcke, Björn (2015): Asyl. Eine politische Bestandsaufnahme – Vortrag beim IfS, , URL: <https://www.youtube.com/watch?v=ezTw3ORSqIQ> (letzter Zugriff: 08.01.2016).

Höcke, Björn (2015): Facebookeintrag vom 14.11.2015, URL: <https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD> (letzter Zugriff: 15.11.2015).

infratest dimap (2014): Wahlanalyse zur Europawahl 2014, URL: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/wahlreport-europa/2014/> (letzter Zugriff: 07.01.2016).

JF-TV Dokumentation (2014): Interview mit Frauke Petry, in: Hintergrundbericht zu PEGIDA in Dresden. Am 8. Dezember 2014, URL: https://www.youtube.com/watch?v=FWp_io6aKol (letzter Zugriff: 08.01.2016).

Kellershohn, Helmut (Hrsg.) (2013): Die Deutsche Stimme der Jungen Freiheit. Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten, Münster: UNRAST Verlag.

Korsch, Felix (2016): „Natürliche Verbündete“? Die Pegida-Debatte in der AfD zwischen Anziehung und Ablehnung, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die „Alternative für Deutschland“ – Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden: Springer VS (i.E.).

Korte, Karl-Rudolf (2014): Alternative für Deutschland (AfD). Parteiprofil, URL: <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/europawahl-2014/180972/afd> (letzter Zugriff: 07.01.2016).

Lachmann, Günther (2014): AfD sieht sich als natürlichen Pegida-Verbündeten, in: Welt Online vom 11.12.2014, URL: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article135274592/AfD-sieht-sich-als-natuerlichen-Pegida-Verbuendeten.html> (letzter Zugriff: 08.01.2016).

Meisner, Matthias (2015): Die Achse der Rechtspopulisten. Wie AfD und Pegida paktieren, in: Der Tagesspiegel vom 28.01.2015, URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/die-achse-der-rechtspopulisten-wie-afd-und-pegida-paktieren/11295584.html> (letzter Zugriff: 08.01.2016).

n-tv (2015): Gauland nennt Flüchtlingskrise "Geschenk", URL: <http://www.n-tv.de/politik/Gauland-nennt-Fluechtlingskrise-Geschenk-article16557731.html> (letzter Zugriff: 08.01.2016).

Patzelt, Werner J. (2015): Was und wie denken PEGIDA-Demonstranten? Analyse der PEGIDA-Demonstranten am 25. Januar 2015, Dresden. Ein Forschungsbericht, URL: https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-analyse-pegida-2015.pdf (letzter Zugriff: 07.01.2016).

Patriotische Plattform (2014): Stellungnahme der Patriotischen Plattform. AfD muß sich gegen Islamisierung des Abendlandes aussprechen!, URL: <http://patriotische-plattform.de/blog/2014/12/09/stellungnahme-der-patriotischen-plattform-afd-muss-sich-gegen-islamisierung-des-abendlandes-aussprechen/> (letzter Zugriff 08.01.2014).

PEGIDA Facebook (2015): Rede von Tatjana Festerling vom 09.11.2015, URL: <https://www.facebook.com/pegidaevdresden/posts/1008681939170229:0> (letzter Zugriff: 07.01.2016).

Pollack, Detlef/Müller, Olaf (2015): Religionsmonitor. Verstehen was verbindet. Religiosität und Zusammenhalt in Deutschland, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Rheinische Post Online (2015): Demonstration am Samstag in Berlin. Die AfD geht auf die Straße, URL: <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/afd-mit-alexander-gauland-und-bjoern-hoecke-geht-auf-die-strasse-aid-1.5540026> (letzter Zugriff: 08.01.2016).

Roeser, Rainer: Pegida-Partei AfD, in: Blick nach rechts vom 06.07.2015, URL: <http://www.bnr.de/print/14461> (letzter Zugriff: 08.01.2016).

Sezession im Netz (2015): Interview mit Niels Altmiek, URL: <http://www.sezession.de/49996/wiener-deraustausch-demonstration-bundesrepublikanisch-gesehen.html/2>, (letzter Zugriff: 08.01.2015).

Spiegel Online (2015): OB-Wahl in Dresden: Pegida-Kandidatin tritt nicht mehr an, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/pegida-kandidatin-tritt-nicht-zur-zweiten-wahlrunde-an-a-1037803.html> (letzter Zugriff: 08.01.2016).

Stein, Dieter (2013): Alternative für Deutschland. Bürger auf den Barrikaden, in: Junge Freiheit vom 13. April 2013.

Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1999 (2000), Paderborn.

Vorländer, Hans/Herold, Maik / Schäler, Steven (2015): PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden: Springer VS.

Aktuelle Veröffentlichungen zur AfD von Alexander Häusler:

Friedrich Ebert Stiftung Landesbüro Thüringen (Hrsg.) (2015): Das politische Erscheinungsbild der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD).

Häusler, Alexander (Hrsg.) (2016): Die „Alternative für Deutschland“ – Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden: Springer VS (i. E.).

Häusler, Alexander/Roeser, Rainer (2015): Die rechten ›Mut‹-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland, Hamburg: VSA Verlag.

Häusler, Alexander (2015): Zerfall oder Etablierung? Die Alternative für Deutschland (AfD) als Partei des Rechtspopulismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 9/2015, S. 741-758.

Über den Autor

Alexander Häusler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf (www.forena.de).